

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom 23.03.2022

A) Öffentliche Sitzung

TOP 3

**Investitionen Bevölkerungsschutz
hier: Antrag der Fraktionen CDU, FDP und UWP**

A 75/2022

Frau Stolz, CDU, erklärt den vorliegenden Antrag. Man beschäftige sich derzeit im Schwerpunkt mit dem Thema Bevölkerungsschutz und wolle die eingerichtete AG „Bevölkerungsschutz“ handlungsfähig bekommen. Nach Rückkopplung mit der Verwaltung wolle man den vorliegenden Antrag modifizieren und die veranschlagten 500.000 Euro wie folgt aufteilen: 200.000 Euro sollen für konsumtive und 300.000 Euro für investive Maßnahmen vorgesehen werden. Zudem wolle man die Verwaltung ermächtigen, zur Umsetzungsvorbereitung externe personelle Expertisen hinzuzuziehen.

Herr Waasem, SPD, stimmt den inhaltlichen Ergänzungen zu. Man könne nicht nur in Material und Gegenstände investieren, sondern müsse gut ausgebildete personelle Ressourcen bereitstellen, die die vorhandenen Gerätschaften bedienen und einsetzen können. Er bitte darum, dass die Kreisverwaltung mit den entsprechenden Verbänden in den Austausch gehe, um zu klären, wie eine mögliche Funktions- und Materialaufteilung aussehen könne.

Herr Grutke, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erfragt die mögliche Verfahrensweise. Er schlage vor, dass hier bedarfsgerecht agiert werden müsse. So könne, im Austausch zwischen den Fraktionsvorsitzenden, im Bedarfsfall über die Einbringung einer Dringlichkeit oder, mit einer möglichen Vorlaufzeit, über eine Beschlussfassung im Kreistag beschieden werden.

Frau Stolz erklärt hierzu, dass die AG Bevölkerungsschutz im Verfahren situationsbezogen einbezogen und über den Verlauf informiert werden solle. Diese enge Abstimmung mit der Politik sei der Fraktion wichtig. Die v.g. fachliche Expertise soll der Kreisverwaltung entsprechend zuarbeiten. Zudem wird das Zusammenspiel zwischen Hauptamt und Ehrenamt als wichtig angesehen.

Der Landrat führt aus, dass sich die Verwaltung über die vorgeschlagenen Anpassungen freue. Auch er unterstütze die Aussage, dass Bevölkerungsschutz von Menschen gemacht werde. Man werde zudem auf die v.g. externen fachlichen Expertisen zurückgreifen wollen. Er sichere zu, dass die AG „Bevölkerungsschutz“ in Form von Zwischenberichten informiert

werde. Er führt zudem aus, dass man mögliche Konzepte detailliert ausarbeiten müsse. Des Weiteren erklärt er, dass auch nicht mit Kosten verbundene Projekte möglich seien. Er freue sich, wenn die Verwaltung in diesem Rahmen eine gewisse Flexibilität und Handlungsfreiheit bekommen würde.

Der Vorsitzende lässt über die folgende geänderte Beschlussfassung abstimmen:

Für Investitionen in den Bevölkerungsschutz wird mit Vernehmung eines Sperrvermerkes ein Budget in Höhe von 500.000 € in den Haushaltsplan 2022 eingestellt. Das Budget soll wie folgt aufgeteilt werden: 200.000 € für konsumtive und 300.000 € für investive Maßnahmen.

Zudem wird Verwaltung ermächtigt, für die Umsetzungsvorbereitung aus dem v.g. Budget externe personelle Expertisen hinzuziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig